

Speyerer Tage zu kommunalen Infrastrukturen – Wegerechte für Telekommunikationslinien auf kommunalen Straßen und Plätzen

18./19. September 2008 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Ziel der jährlich stattfindenden Speyerer Tage zu kommunalen Infrastrukturen soll sein, für Fragen der infrastrukturellen und infrastrukturengestaltenden Tätigkeit der Kommunen ein Diskussionsforum vornehmlich zu aktuellen rechtlichen Problemen zu bilden. Orientierungspunkt ist die Erarbeitung praxisadäquater Problemlösungsstrategien mit wissenschaftlicher Fundierung. Diesjähriger Tagungsgegenstand sind die aktuellen praktischen Probleme der Nutzungsberechtigung der Telekommunikationsunternehmen nach §§ 68ff. TKG insbesondere für kommunale Straßen und Plätze. Konkret wird es u.a. gehen um die Pflichten der Nutzungsberechtigten Telekommunikationsunternehmen gegenüber den kommunalen Wegebausträgern und ihre Durchsetzung, neuere Entwicklungen zum Folgekostenrecht, Besonderheiten der Nutzungsberechtigung nach § 68 TKG bei Neubaugebieten.

Die wissenschaftliche Leitung der Tagung hat Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens, Inhaber des Lehrstuhls für öffentliches Recht, insbesondere Recht der Mehrebenenbeziehungen und Normsetzungslehre.

Programm im Detail:

Donnerstag, 18. September 2008

9.00 Uhr Begrüßung (Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer)

9.30 Uhr Europarechtliche Vorgaben der TK-Wegerechte (Winfried Ulmen, Ministerialrat, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin)

11.00 Uhr Aufgaben der Bundesnetzagentur in Zusammenhang mit den TK-Wegerechten (N. N., Bundesnetzagentur [angefragt])

13.30 Uhr Voraussetzungen und Inhalt von Zustimmungsbescheiden nach § 68 Abs. 3 TKG (Michael Sauthoff, Vizepräsident am OVG, Oberverwaltungsgericht Mecklenburg-Vorpommern, Greifswald)

14.30 Uhr Durchsetzung der Pflichten der Telekommunikationsunternehmen durch den Wegebausträger (Dr. Caspar David Hermanns, Rechtsanwalt, Osnabrück)

16.00 Uhr Vorstellung des Speyerer Infrastrukturkanals (Frank Dupré, Dupré Bau GmbH & Co. KG, Speyer)

16.30 Uhr TK-Leitungen und Neubaugebiete unter besonderer Berücksichtigung von Infrastrukturkanälen (Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens)

17.30 Uhr Besichtigung des Speyerer Infrastrukturkanals

Freitag, 19. September 2008

9.00 Uhr Folgepflichten der TK-Leitungen aus der Sicht der Straßenbauverwaltung (Joachim Majcherek, Leiter Justizariat Landesbetrieb Straßenbau, Nordrhein-Westfalen, Gelsenkirchen)

10.00 Uhr TK-Wegerechte und Folgepflichten in der anwaltlichen Praxis (Sven-Erik Heun, Rechtsanwalt, Frankfurt a. M.)

11.30 Uhr Schaffung von Breitband-Internetverbindungen im ländlichen Raum als kommunale Aufgabe (Ralph Sonnenschein, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Berlin)

Schlusswort (Univ.-Prof. Dr. Ulrich Stelkens, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer)

Weitere Informationen finden Sie unter: www.dhv-speyer.de/stelkens/Weiterbildung.htm

Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz mit Bürgerbeteiligung

Das Land Rheinland-Pfalz bezieht in die geplante Kommunal- und Verwaltungsreform die Bürger ein. Die Reform umfasst die folgenden Bereiche: Optimierung der Zuständigkeiten für öffentliche Aufgaben, Optimierung von Verfahrensabläufen und die Optimierung der kommunalen Gebietsstrukturen. Für den Bereich der Aufgabenkritik hatte die Landesregierung bereits Anfang April einen Vorschlag unterbreitet. Im nächsten Schritt soll es um neue Gebietszuschnitte gehen.

Um die Akzeptanz für die Reformen zu erhöhen, erhalten die Bürger, aber auch Kommunalpolitiker und andere Gruppen die Möglichkeit, sich zu beteiligen. Im Oktober und November letzten Jahres wurde auf neun Regionalkongressen mit insgesamt 2.500 Teilnehmern – in der Mehrheit Kommunalpolitiker – über die Notwendigkeit und die Ausrichtung der Kommunal- und Verwaltungsreform diskutiert. Der Prozess wurde im Mai mit fünf Bürgerkongressen fortgesetzt, auf denen die Teilnehmer u.a. folgende Fragen diskutierten: Was ist gut? Was soll bleiben? Was soll besser werden und sich wie verändern? Was heißt bürgernah?

Welche Verwaltung brauchen wir – morgen, für die nächsten Generationen? Was ist nötig, was ist möglich, wenn wir älter werden? Wenn die Bevölkerungsdichte auf dem Land abnimmt? Aus den Ergebnissen der Diskussionen und den Ideen der Teilnehmer soll das Leitbild für die Kommunal- und Verwaltungsreform entstehen. Den Bürgerkongressen folgen im Juni sechs so genannte Planungszellen, ein spezielles Bürgerbeteiligungsverfahren. An den Planungszellen werden per Zufall ausgewählte Bürger aus drei strukturell unterschiedlichen Regionen des Landes teilnehmen. Aufbauend auf den Ergebnissen der vorangegangenen Regionalkonferenzen und Bürgerkongresse diskutieren sie auf der Basis von Experteninformationen und erarbeiten Empfehlungen für die Kommunal- und Verwaltungsreform. Diese Empfehlungen werden jeweils in einem Bürgergutachten zusammengefasst, das der Landesregierung übergeben wird. Folgende Themen werden schwerpunktmäßig bei den Planungszellen behandelt: Aufgaben einer modernen Kommune und Verwaltung, zukunftsfähige Gebietsstrukturen, Bürgernähe und neue Formen der Zusammenarbeit.

Weitere Informationen: www.planungszellen.rlp.de

Demografie-Spiegel für die Gemeinden Baden-Württembergs

Seit Anfang Mai steht auf der Homepage des Statistischen Landesamtes mit dem so genannten Demografie-Spiegel ein neues Informationsangebot zur Analyse des demografischen Wandels für alle 1.109 Gemeinden in Baden-Württemberg zur Verfügung. Fragestellungen rund um das demografische Profil einer Gemeinde werden dort anhand von Grafiken, Karten und Tabellen dargestellt. Dazu gehören Themenfelder wie familienfreundliches Wohnen, Familie und Beruf, Wirtschaft, Bildung und Qualifikation sowie Angaben zu den zentralen Fragen der demografischen Entwicklung: Wie verändert sich die Einwohnerzahl bis 2025? Wie stark ist die Kommune von Wachstum oder

Schrumpfung betroffen? Für welche Altersgruppen ist die Kommune besonders attraktiv?

Der Demografie-Spiegel ermöglicht die schnelle Einschätzung wichtiger demografischer Entwicklungen in den Gemeinden Baden-Württembergs. Es kann ein demografisches Profil erstellt sowie anhand von 23 Indikatoren in den sechs genannten Themenfeldern eine Stärken-Schwäche-Analyse für jede Gemeinde durchgeführt werden. Damit können die Gemeinden herausfinden, in welchen Politikfeldern diese aktiv werden sollten, um unter Berücksichtigung des demografischen Wandels zukunftsfähig zu bleiben.

Das Angebot ist unter folgender Web-Adresse zu finden: www.stala.bwl.de/BevoelkGebiet/Demografie-Spiegel/.

Studie des Difu zum kommunalen Investitionsbedarf 2006 bis 2020

Seit 1992 war die kommunale Investitionstätigkeit der Kommunen nahezu kontinuierlich rückläufig, erst seit kurzem steigt sie wieder leicht an. In verschiedenen Bereichen ist jedoch noch ein Investitionsrückstand festzustellen. Wie hoch dieser ist und welche Investitionsausgaben künftig notwendig sein werden, ermittelte das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in einer Studie zum kommunalen Investitionsbedarf 2006 bis 2020, die im Rahmen der Forschungsinitiative „Zukunft Bau“ gemeinsam vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, dem Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V. und dem Bundesverband der Deutschen Zementindustrie e.V. gefördert wurde.

Schätzungen wurden für eine Reihe kommunaler Infrastrukturbereiche – darunter die „großen Bereiche“ wie Straßen, Abwasserbeseitigung und Schulen – getrennt vorgenommen, wobei nach neuen und alten Bundesländern unterschieden wurde. Für die Jahre 2006 bis 2020 wurde insgesamt ein kommunaler Investitionsbedarf von 704 Mrd. Euro ermittelt. Dies entspricht jährlichen Investitionen in Höhe von etwa 47 Mrd. Euro.

Angesichts des anhaltend hohen kommunalen Investitionsbedarfs stellt sich für die Kommunen die Frage, wie sie diesen Bedarf in den kommenden Jahren decken könnten. In der Difu-Studie wurde hierzu ein Szenario entwickelt, in dem der Investitionsrückstand nicht gleichmäßig verteilt bis zum Jahr 2020 abgetragen wird, sondern die Investitionsanstrengungen in einer konzertierten Aktion in den Jahren 2009 bis 2015 forciert werden. Die durch strategisches Investitionsmanagement, den Einsatz intelligenter Finanzierungsinstrumente und PPP-Projekte erreichbaren positiven Effekte würden ab 2012 stärker greifen. Diese könnten dann weit über das Jahr 2020 hinaus eine nachhaltige Wirkung erzeugen. Unterstützt durch entsprechende politische Rahmenbedingungen und Prioritäten wäre so die Deckung des kommunalen Investitionsbedarfs bis 2020 machbar.

Die komplette Difu-Studie mit einer Vielzahl von Einzeldaten und weiterführenden Informationen wird voraussichtlich im Juni 2008 in der Reihe „Edition Difu“ veröffentlicht.

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags.

Redaktionsanschrift:

Prof. Dr. Veith Mehde (V.i.S.d.P.), Juristische Fakultät der Leibniz Universität Hannover
Königsworther Platz 1 | 30167 Hannover
Tel. (0511) 762 - 8206 | Fax (0511) 762 - 19106
E-Mail: mehde@jura.uni-hannover.de | www: <http://www.verwaltungsmanagement.de>

Redaktionsassistentin (Satz und Layout):

Heidrun Müller, Institute for eGovernment (IfG.CC) an der Universität Potsdam

Druck und Verlag:

Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3-5 | D-76530 Baden-Baden
Telefon (07221) 2104-0 | Fax (07221) 2104-27

Anzeigen:

sales friendly Verlagsdienstleistungen | Siegburger Str. 123 | 53229 Bonn
Telefon (0228) 978980 | Fax (0228) 9789820
E-Mail: roos@sales-friendly.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht die Meinung der Herausgeber/Redaktion wiedergeben. Unverlangt eingesandte Manuskripte – für die keine Haftung übernommen wird – gelten als Veröffentlichungsvorschlag zu den Bedingungen des Verlages. Es werden nur unveröffentlichte Originalarbeiten angenommen. Die Verfasser erklären sich mit einer nicht sinnstellenden redaktionellen Bearbeitung einverstanden.

Erscheinungsweise: sechsmal jährlich

Bezugspreise:

Jahresabonnement 2008 (Normalpreis, Studentenpreise): 126,- Euro*, Einzelheft 25,- Euro. Die Preise verstehen sich inkl. MwSt., zzgl. Versandkosten; Kündigung jeweils drei Monate zum Kalenderjahresende. Bestellungen nehmen entgegen: der Buchhandel und der Verlag. Zahlungen jeweils im Voraus an: Nomos Verlagsgesellschaft, Postbank Karlsruhe, Konto 73636-751 (BLZ 660 100 75) und Stadtparkasse Baden-Baden, Konto 5-002266 (BLZ 662 500 30). ISSN 0947-9856

* Preis inkl. MwSt., zzgl. Vertriebs-/Direktbeorderungsgebühren Inland (7,70 Euro/2,14 Euro) 9,84 Euro.